

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

51 (29.2.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsraten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Freitag, den 29. Februar 1952

Nr. 51

Erhöhungen der Sozialleistungen angekündigt

Schäffer erwartet Einnahmesteigerung - Die Verrechnung des Verteidigungsbeitrages

Bonn (UP). Auch wenn die Bundesrepublik den vereinbarten Verteidigungsbeitrag leisten, können die Sozialleistungen erhöht werden, wurde im Bundesfinanzministerium erklärt. Gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr würden der Bund, die Länder und Gemeinden 1952/53 etwa 4,2 Milliarden DM mehr einnehmen. Die effektiven Mehrlleistungen für Besatzungs- und Verteidigungskosten würden aber höchstens 2 Milliarden DM für andere Zwecke zur Verfügung stünden.

Es wird darauf hingewiesen, daß die durch Steuereinnahmen gedeckten Besatzungskosten im Haushaltsjahr 1951/52 mit 6,8 Milliarden DM angesetzt waren. Sie würden vermutlich rund 7 Milliarden erreichen. In den ersten vier Monaten des kommenden Haushaltsjahres sollen zwei Milliarden für Besatzungskosten und in den letzten acht Monaten 6,8 Milliarden DM für Verteidigungskosten geleistet werden. Voraussetzung hierfür sei, daß der Vertrag über die Europa-Armee bis zum 1. August 1952 ratifiziert ist. Zusammengekommen würde sich also eine effektive Leistung von 8,8 Milliarden DM ergeben, 3 Milliarden DM mehr als in diesem Jahr an Besatzungskosten gezahlt worden seien.

Die Berlinhilfe, Kosten für Bundesgrenzschutz und auch Pensionen für die ehemaligen Berufssoldaten seien schon in diesem Rechnungsjahr gezahlt worden und würden auch in dem kommenden Rechnungsjahr weitergezahlt werden. Die Rechnung der SPD, wonach die Bundesrepublik einen Verteidigungsbeitrag in Höhe von 12,4 Milliarden DM zu leisten habe, sei falsch. Der Übergang der Besatzungskosten aus dem Haushaltsjahr 1950/51 in Höhe von 1,3 Milliarden DM könne zum Beispiel bei den effektiven Leistungen nicht berücksichtigt werden.

Im Bundesfinanzministerium wird betont, daß bei der Berechnung des Unterschieds der tatsächlichen Leistungen in diesem und im kommenden Haushaltsjahr die im außerordentlichen Haushalt 1951/52 eingesetzten 1,6 Milliarden DM für Besatzungskosten nicht berücksichtigt würden, obwohl die Möglichkeit bestünde, daß sich ein Teil der 8,8 Milliarden für Besatzungs- und Verteidigungskosten im nächsten Haushaltsjahr aus außerordentlichen Einnahmen, wie Anleihen, und nicht aus Steuereinnahmen gedeckt werden könne.

Sitzung des Kabinetts

Bundeskanzler Dr. Adenauer und Finanzminister Schäffer berichteten dem Kabinetts über die Vereinbarungen mit den Alliierten über die Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrages. In Regierungskreisen wird erneut betont, daß diese Vereinbarungen noch vom Bundestag bestätigt werden müssen.

Das Kabinetts verabschiedete darnach die erste Durchführungsverordnung zum Investitionsbillgesetz. Sie beschränkt sich auf Bestimmungen zur Durchführung des ersten Teils der Investitionshilfe, deren erste Rate bereits

am 18. April fällig wird. Die Bundesregierung billigte ferner einen Gesetzentwurf für Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenrechts, durch den unter anderem die Entschädigungsätze für Zeugen und Gerichtsvollzieher erhöht und den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt werden sollen.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung trafen der Kanzler und sein Finanzminister mit den Ministerpräsidenten und Finanzministern der Länder zusammen, um mit ihnen die Aufbringung des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrages zu erörtern. Bekanntlich verlangt Dr. Schäffer eine Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftsteuern der Länder von 27 auf 40 Prozent. Die Besprechungen werden am Freitag fortgesetzt.

Wie man aus Düsseldorf erfährt, sollen die Vertreter der Bundesländer Schäffers Forderung auf Erhöhung des Bundesanteils von gegenwärtig 27 auf 40 Prozent einstimmig abgelehnt haben. Sie seien jedoch übereingekommen, den bisher festgesetzten Anteil zunächst über den 31. März 1952 hinaus zu verlängern. Während der Besprechung sei darauf hingewiesen worden, daß schon eine einprozentige Erhöhung des Bundesanteils dem Bund eine Mehreinnahme von 100 Millionen DM, die von Schäffer geforderte Spanne jedoch insgesamt eine solche von 1,3 Milliarden

DM erbringen würde. Der Bundesfinanzminister sei angehalten worden, zunächst einen genauen Haushaltsplan für 1952/53 vorzulegen. Erst nach dessen Prüfung könne erörtert werden, ob eine Erhöhung des Bundesanteils wirklich notwendig sei.

Adenauer empfing McCloy

Dr. Adenauer empfing am Donnerstagabend im Bundeskanzleramt den amerikanischen Hochkommissar McCloy zu einer Unterredung über aktuelle politische Fragen. McCloy unterrichtete den Kanzler bei dieser Gelegenheit über das Ergebnis der Lissaboner NATO-Konferenz und die sich daran anschließende Deutschland-Beratung der drei westalliierten Außenminister. Anschließend erörterte Dr. Adenauer und der Hochkommissar auch den gegenwärtigen Stand der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen und das Ergebnis der Beratungen über den finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Am Donnerstag vormittag waren die drei alliierten Hochkommissare in Mehlern zu einer informellen Besprechung zusammengekommen. McCloy reiste noch in der Nacht zum Freitag mit seiner Familie in einem Sonderzug nach München. Dort will er erneut seinen beim Skilaufen gebrochenen Knöchel behandeln lassen und sich anschließend wieder nach Garmisch begeben.

Eden erwartet Einigung Bonn-Paris

Unterhauserklärung über Lissabon - Bedenken der Labour-Opposition

London (UP). Der britische Außenminister Eden begrüßte im Unterhaus „die Bereitschaft Deutschlands und Frankreichs, ihre alten Streitigkeiten beizulegen“. Die Lissaboner NATO-Konferenz bezeichnete er als „gute Grundlage für weitere Fortschritte zur Erreichung einer angemessenen Verteidigung des nordatlantischen Bereichs, der Einbeziehung Deutschlands in die europäische Völkergemeinschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Förderung weiterer atlantischer Zusammenschlüsse“.

Noch vor zwei Wochen — so erklärte Eden — sei der Ausgang der Verhandlungen zwischen Bonn und Paris über die Beziehungen zwischen den Westmächten und Deutschland und die Europa-Armee fraglich gewesen. Aber auf der Londoner Konferenz der drei Außenminister der Westmächte mit Dr. Adenauer sei die Lage geklärt worden. In Lissabon hätten die drei Außenminister über Erwartungen günstige Ergebnisse erzielt, besonders in der Frage des finanziellen Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik. „Ich betrachte das Abkommen über den deutschen Verteidigungsbeitrag nicht nur als bedeutsamen Schritt zur Stärkung der Verteidigung des Westens, sondern auch für die Errichtung des neuen Europa“, sagte Eden. Er betonte zugleich, es sei eine weitere Vereinbarung auf der Grundlage von Sicher-

heitsgarantien erzielt worden, die besonders von Frankreich gefordert wurden, um gegen ein „Ausbrechen“ Deutschlands aus der Europa-Armee gesichert zu sein. Nähere Angaben darüber könne er jedoch nicht machen, bevor eine Einigung zwischen Bonn und Paris erreicht sei.

„Ich kann ferner mitteilen, daß die sechs Mitgliedstaaten der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sich darüber einigen werden, wo Rüstungsaufträge ausgeführt und wo sie nicht gestattet werden sollen. Hierbei wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob ein Gebiet von militärischen und geographischen Gesichtspunkt aus in einem gefährdeten Bereich liegt.“ Nach dem Inkrafttreten des Generalvertrages zwischen Deutschland und den alliierten Mächten und des Vertrages über die Europa-Armee würde die Welt vor einer neuen, hoffnungsvollen Periode in Europa stehen. Die Europa-Armee würde in enger Verbindung mit der NATO stehen, was durch die Nichtmitgliedschaft Deutschlands in der NATO bedingt sei.

Der ehemalige Ministerpräsident Attlee wies darauf hin, daß die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages nicht genügend geklärt sei und forderte die Ausgabe eines Weißbuchs noch vor der Verteidigungsbekanntmachung. Der frühere Verteidigungsminister Shinwell fragte, wie es komme, daß in Lissabon von 50 Divisionen gesprochen wurde, während der amerikanische Verteidigungsminister Lovett nur mit etwa der Hälfte rechne. Eden antwortete, dieser Unterschied sei dadurch zu erklären, daß gewisse Divisionen kampfbereit und die anderen Reservestrukturen seien.

Ein konservativer Vorschlag

Der konservative Abgeordnete Boothby erklärte auf einem Essen der amerikanischen Handelskammer in London, er sei davon überzeugt, daß die Parlamente Frankreichs und Deutschlands den Plan einer Europa-Armee ablehnen würden, der einen der schwersten Fehler des Westens seit dem Kriege bedeute. Das britische Unterhaus würde einen solchen Plan „in Stücke zerreißen“. Die Ergebnisse der Lissaboner Konferenz seien nur deshalb ein Erfolg, weil die Parlamente Westeuropas sich jetzt ernsthaft mit der Frage der Einheit Europas und der Wiederbewaffnung Deutschlands beschäftigen müßten. Der Plan der Europa-Armee sei dagegen tot. Kein Staat Westeuropas könne das Problem der Einheit ohne den Beistand Großbritanniens lösen.

Boothby schlug als nächste praktische Ziele vor: 1. Europa und die freie Welt sollten in die NATO aufgenommen werden, daß sie sich gegen eine eventuelle sowjetische Aggression verteidigen können. 2. Westeuropa sollte zusammen mit dem britischen Commonwealth ein wirtschaftliches Gegengewicht gegen die USA bilden und sich von der amerikanischen Hilfe lösen. 3. Auf der Grundlage des Europa-Rates sollte die politische Einheit Europas erreicht werden und zwar nicht in Form eines Bundesstaats oder Staatenbundes, sondern in der Weise, daß die Souveränität in den Händen der Parlamente bleibt.

Drei Todesurteile wegen angeblicher Spionagefertigkeit für Frankreich sprach ein polnisches Gericht in Danzig aus. Pünf weitere Angeklagte erhielten lange Freiheitsstrafen.

Finanzminister Schäffer empfing den Vorstand des Deutschen Beamtenbundes zu einer Aussprache über Besoldungs- und Versorgungsfragen der Beamtenstellung.

Das Volk denkt manchmal anders

Von Dr. Hermann Reischle

Die Stimme des Volkes — des „Mannes auf der Straße“, wie man gemeinhin in den angelsächsischen Ländern so sagen pflegt — ist eine für jede Regierungsform stark zu beachtende Realität. Sie wird es vor allem für eine Demokratie sein müssen. Wie sehr sich manchmal allerdings die Regierenden und diejenigen, die sonst irgendwie den „Finger am Puls des Volkes“ zu haben glauben, sich täuschen können, hat letztlich die Diskussion um einen Wehrbeitrag unserer Bundesrepublik ergeben.

Das Auseinanderlaufen der öffentlichen Meinung und der der Regierenden hat sich in jüngster Zeit auch in einer Angelegenheit gezeigt, die für unsere künftige Agrarpolitik und die Bereitstellung ausreichender Arbeitskräfte für das Land bedeutsam werden kann, nämlich in der Frage der Bildung eines freiwilligen Arbeits- oder Landdienstes. Als der Gedanke an einen solchen Landdienst durch Anträge verschiedener Parteien in den Landtagen von Württemberg-Baden und Niedersachsen erstmalig in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt wurde, erhob sich ein kleiner Sturm im Wasserglas. Der Bundesarbeitsminister persönlich, die Gewerkschaftsjugend, eine Vielzahl anderer Jugendverbände, Parteien und Institutionen wandten sich höchst alarmiert gegen den Gedanken eines irgendwie gearteten Landdienstes. Ja, in der ersten Schrecksekunde wurde sogar der Bund der Landjugend unsicher und äußerte sich mit einer allerdings nicht ganz klaren Stellungnahme ablehnend (diese ist inzwischen berichtigt worden). In schöner Übereinstimmung nahmen die obengenannten Dienststellen, Verbände und Institutionen für sich in Anspruch, daß ihre eigene ablehnende Auffassung in dieser Frage als die Meinung des von ihnen repräsentierten demokratischen Volkes zu werten sei. Jedem Versuch, einen freiwilligen Land- oder Arbeitsdienst auf die Beine zu stellen, wurde ein Begräbnis erster Klasse vorausgesetzt.

Durch eine Erhebung des Bielefelder EMNID-Instituts, das für die Zuverlässigkeit der Ergebnisse seiner Meinungsforschung im allgemeinen bekannt ist, erwies sich jedoch inzwischen, daß jene Kreise, welche den freiwilligen Arbeitsdienst in den beiden Landtagen angeregt hatten, die besseren Volkswissenschaftler gewesen sind. Denn auf die Frage von EMNID: „Was halten Sie von der Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes?“, sprachen die Freiwilligen Arbeitsdienstes, sprachen sich im Durchschnitt des Bundesgebietes 64 % aller Befragten für die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes aus. Nur 17 % sagten grundsätzlich „Ohne mich“, und nur 19 % äußerten keinerlei Meinung. Auf die Geschlechter verteilt, waren 69 % der befragten Männer und 58 % der Frauen dafür. Nach Berufen aufgeschlüsselt, entschieden sich bei den freien Berufen und den Beamten — also den typischen Mittelstandgruppen — 78 bzw. 73 % für einen Arbeitsdienst.

Diese Meinungsbefragung von EMNID ergab aber noch eine besonders beachtliche Pointe. Von den jetzt 31- bis 40jährigen, d. h. der Altersgruppe, die dem Arbeitsdienst praktisch schon einmal angehört hatte, waren sogar 68 % für seine Wiedereinführung. In der Altersgruppe der heute 16- bis 25jährigen, d. h. derjenigen Altersgruppe, die morgen praktisch für einen neuen Arbeits- oder Landdienst in Frage kommen würde, waren immerhin 55 % dafür und nur 21 % dagegen. Angesichts dieser Auffassungen des souveränen Volkes erhebt sich denn doch die Frage, für wen sich die obengenannten Dienststellen, Verbände und Institutionen eigentlich zu sprechen befugt halten.

Bei den Bauernverbänden, vor allem aber bei der Landjugend, sollte man u. M. nach die positive Stimme des Volkes in dieser wichtigen Frage sehr beachten. Gewiß kann das Problem des Arbeitskräftemangels auf dem Lande nie dadurch endgültig gelöst werden, daß man durch einen freiwilligen Land- oder Arbeitsdienst dem Lande freiwillige Helfer zur Verfügung stellt. Denn die Landflucht ist zum überwiegenden Teile ein Problem der Abwanderung der mitarbeitenden Familienkräfte des Bauern und damit ein solcher der Landjugend selbst. Schon allein in der Größenordnung ist der Verlust von Arbeitskräften infolge der Landflucht und der mögliche Zugang von Arbeitskraft durch freiwillige Landhelfer nicht vergleichbar. Trotzdem aber sollte die Landjugend es als eine ihrer besonderen Aufgaben ansehen, diese Bereitschaft des Volkes, dem Landdienst eine Chance zu geben, kräftig auszuweiten. Die Landjugend allein kann die psychologischen richtigen Worte für ein fruchtbares Gespräch mit der städtischen Jugend in dieser Frage finden.

Der Wert eines Landdienstes geht, und das ist entscheidend, weit über die weite der Landhelfer etwa geleisteten Arbeitsstunden hinaus. Die z. B. in den Jugendwohnheimen der „Jugendhilfe-Land“ gemachten Erfahrungen beweisen, daß etwa ein Drittel der dort betreuten Jugendlichen für den dauernden Verbleib auf dem Lande gewonnen werden konnte. Weiterhin ist jeder freiwillige Landhelfer, der nach Ableistung seines Dienstes wieder in die Stadt zurückkehrt, für sein Leben lang den Existenzfragen des Landvolkes gegenüber irgendwie aufgeschlossener als früher. Gerade dies aber könnte auf die Dauer für das Landvolk der höchste Gewinn aus einem freiwilligen Land- oder Arbeitsdienst sein!



Helgoland - Sammlung
wird gleichzeitig mit der vorgesehenen Freigabe der Insel am 1.3. in der gesamten Bundesrepublik als Haus- und Straßensammlung, als Spendenaufruf an die Wirtschaft und mit dem Verkauf von Plaketten (unser Bild) beginnen. Für die Sammlung haben sich der Bundesjugendring, die Landesjugendringe und die akademische Jugend zur Verfügung gestellt. Die Plakette ist in den Inselfarben - grün, rot, weiß - gehalten.

Bonn (UP). Der Bundespräsident, die Mitglieder der Bundesregierung und die Chiefs der Länderregierungen haben sich in einem Aufruf an das deutsche Volk gewandt und um Spenden für den Wiederaufbau der Insel Helgoland gebeten. In dem Aufruf heißt es u. a.: „Helft mit, zwei Millionen Kubikmeter Trümmer zu beseitigen. Zeigt durch eure Spende, wie stark alle Gedanken und Kräfte der Deutschen auf Ziele friedlichen Aufbaus gerichtet sind. Wir wollen nicht, daß die Helgoland-Frage mißbraucht wird, um nationale Leidenschaften zu entfachen. Die kleine Insel soll ein Wahrzeichen für die Opferbereitschaft und den Lebenswillen des deutschen Volkes sein, sowie für seine Einmütigkeit in dem Wunsch nach gleichberechtigter Partnerschaft in einem geeinten Europa. Helft mit, daß Helgoland ein Denkmal des Friedens werde, ein sinnvolles europäischer Verständigung und Versöhnung.“

Der Bundeskanzler sagte in einer Rundfunkrede dazu u. a., Deutschland und England würden fortan in dem gleichen Geiste handeln, der vor 62 Jahren durch eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen dem damaligen Deutschen Reich und Großbritannien

gegen den Austausch deutscher Rechte und Ansprüche in Afrika Helgoland zu einem Fleck deutscher Erde machte. Wieviel Elend wäre erspart geblieben, so führte Dr. Adenauer weiter aus, wenn diese Politik der gegenseitigen Anerkennung und des gegenseitigen Ausgleichs von Ansprüchen zum Grundsatz in der Behandlung europäischer Probleme erhoben worden wäre. Aber noch sei es nicht zu spät, auf diesem Weg fortzuschreiten.

Spenden für Helgoland sind zu zahlen auf das Konto „Helgoland“ Kreissparkasse Pinneberg, Konto Nummer 200 oder Postscheckkonto Hamburg Nummer 1005 Kennwort: „Helgolandstiftung des deutschen Volkes.“ Die geleisteten Spenden gehören zu den steuerbegünstigten Aufwendungen. Neben den Einzahlungen sollen auch Haus- und Straßensammlungen zugunsten der Helgoland-Spende des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Mit 9 gegen 7 Stimmen bei einer Enthaltung billigte der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages den Vorschlag der Regierung, den Großen Knechtstanz als neues Bombenziel für die Übungen der britischen Luftwaffe zur Verfügung zu stellen.



Keine eindeutige Stellungnahme Pankows Zur Aktion der UN-Kommission — Dank an die Sowjetunion

Berlin (UP). Der Ministerrat der Ostzone hat sich mit der Einladung der UN-Deutschlandkommission zu einer Aussprache über die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen befaßt, ohne in der amtlichen Erklärung über diese Sitzung eine klare Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Einladung bekanntzugeben.

Der Ministerrat teilte lediglich mit, er sehe keine Veranlassung, den Feststellungen etwas hinzuzufügen, die in dieser Frage von der Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vor dem ad hoc-Ausschuß der UN in Paris abgegeben wurden. Es bestehe keinerlei Veranlassung für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, eine Änderung des seinerzeit eingenommenen Standpunktes vorzunehmen.

Das amtliche Kommuniqué des Minister Rates läßt nach dem Eindruck politischer Kreise in Westberlin nicht eindeutig erkennen, ob die Pankower Regierung mit der UN-Deutschlandkommission Fühlung aufnehmen will oder nicht. Nach dem offiziellen Kommuniqué bedauerte Außenminister Dertinger die Haltung der Bonner Regierung, die bisher keine Bereitschaft gezeigt habe, dem Schritt der Deutschen Demokratischen Republik beizutreten. Gleichzeitig dankte der Ministerrat in einer Erklärung der Sowjetunion für ihre Versicherung, für den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Teilnahme Deutschlands einzutreten.

Rademacher sprach die Unwahrheit Aus Furcht vor der Auslieferung

Nürnberg (UP). Der ehemalige Leiter des Judenreferats im alten Auswärtigen Amt, Franz Rademacher, entschuldigte sich am letzten Verhandlungstag seines Prozesses beim Gericht für die von ihm vorgebrachten Unwahrheiten. Als Begründung führte er an, er habe sich bezüglich seiner Dienstreise nach Serbien in den Vernehmungen während der „Nürnberg Prozesse“ auf die von ihm auch jetzt genannten Daten festgelegt, weil die Amerikaner ihm damit gedroht hätten, ihn an Serbien auszuliefern. Um dieser Gefahr zu entgehen, habe er den Amerikanern unwahre Angaben gemacht. Vor dem deutschen Gericht habe er seine falschen Angaben deshalb wiederholt, weil er angenommen habe, daß das deutsche Gericht auf seine von den Amerikanern durchgeführten Vernehmungen zurückgreifen werde.

Der Rademacher am schwersten belastende Anklagepunkt bleibt nach Abschluß des Beweisverfahrens seine Serbienreise und die damit zusammenhängende Erschießung von 1500 serbischen Juden. Von der Bewertung dieses Falles durch das Gericht wird der Prozessausgang im wesentlichen abhängen. Am 6. März werden Anklage und Verteidigung ihre Plaidoyers halten.

Saarvertreter in der Montanunion?

Ein Brief Schumans an die Saar-Regierung Saarbrücken (E.B.) Die Stellung des Saarlandes innerhalb der westeuropäischen Montanunion war Gegenstand einer Diskussion im Saarbrücker Parlament. Dabei setzte sich Ministerpräsident Hoffmann für eine europäische Lösung des Saarproblems ein, wobei er sich anbot, diesbezügliche Vorschläge den beteiligten Mächten zu unterbreiten. Ferner schlug er vor, den Sitz der Hohen Behörde der Montanunion in Saarbrücken aufzuschlagen, was den Plan erleichtern würde, die europäisierte Saar den Organen des Schumanplans einzugliedern. Das Saargebiet sei auch bereit, gewisse Hoheitsrechte abzutreten.

Schließlich verlas Hoffmann einen Brief des französischen Außenministers Schuman an die Saarregierung, in dem sich Frankreich damit einverstanden erklärt, von seinen 18 Sitzen im Parlament der Montanunion drei den Vertretern des Saargebietes zu überlassen. Außerdem dürfe die Saarregierung dem französischen Vertreter im Ministerrat einen ständigen „Beobachter“ beordern, der im Falle der Berührung von Saarinteressen den französischen Delegierten „beraten“ soll. Am Schluß seines Schreibens kündigte Schuman die Bereitschaft Frankreichs an, die Wirtschaftsinteressen des Saarlandes ebenso wie die eigenen zu wahren.

Wendung im Giftmörder-Prozess

Prozess gegen Marie Besnard vertagt
Poitiers (UP). Am vierten Tag im Prozess gegen Marie Besnard, die angeklagt ist, elf ihr nahestehende Personen mit Arsen vergiftet zu haben, setzte die Verteidigung ihr Bemühen fort, eine Vertagung der Verhandlung oder einen Freispruch der Angeklagten mangels Beweises zu erreichen. Aus diesem Grunde hatte die Verteidigung Professor Guy Schuster, Mitglied der französischen pharmazeutischen Akademie, zum Zeugen dafür aufgeboten, daß das Gutachten des Chemikers Beroud, auf Grund dessen die Anklage erhoben wurde, Mängel aufweise. Professor Schuster erklärte unter der Spannung von Professor Schuster einzugehen. Er erklärte: „Darauf brauche ich nicht zu antworten, ich bin nicht hierher gekommen, um eine Prüfung abzulegen.“ Witwe Besnard zeigte keinerlei Anteilnahme an der Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und den Zeugen.

Der Prozess wurde daraufhin auf „mindestens zwei Monate“ vertagt, um einer neuen Kommission von Giftmord-Experten Gelegenheit zur Ausarbeitung eines Gutachtens zu geben.

Bundespräsident Heuss empfing den neuen argentinischen Botschafter in Bonn, Luis Hernan Irigoyen. Der Botschafter überreichte sein Beglaubigungsschreiben.

Ausweitung des Luftkrieges war vereinbart

Attlee über Korea-Abmachungen - Entrüstung in den Labour-Reihen

London (UP). Der britische Oppositionsführer Attlee versuchte, die Scharfe auszuweiten, die Churchill der Labour Party vor zwei Tagen im Zusammenhang mit den anglo-amerikanischen Abmachungen über eine mögliche Kriegsausweitung in Korea zugefügt hatte.

„Gewisse amerikanische Kreise“, erklärte Attlee, „haben im vergangenen Jahr auf eine Ausweitung des Krieges im Fernen Osten durch verschiedenartige Operationen hingewirkt — unter anderem durch eine Seeblockade des chinesischen Festlandes, militärische Aktionen gegen China und Bombardierung mandschurischer Flugplätze. Beide Regierungen (die britische und die amerikanischen) haben eine solche Politik abgelehnt.“

Von Zeit zu Zeit, fuhr der ehemalige Premier fort, sei die Frage der Kriegführung in Korea wieder aufgetaucht und in einem Meinungs austausch behandelt worden. Unter anderem sei die Frage gestellt worden, welche Gegenmaßnahmen eingelegt werden sollen, falls die Rotchinesen schwere Luftangriffe gegen die UN-Streitkräfte von Flugplätzen nördlich des Yalu-Flusses starten sollten. Washington habe dabei die Ansicht vertreten, daß es unvermeidlich wäre, dem Chef der Operationen in Korea einen Angriff gegen diese Flugplätze zu untersagen. Großbritannien habe sich dieser Ansicht angeschlossen und die amerikanische Regierung informiert, daß dem Chef der Operationen in Korea nach Konsultation mit der britischen Regierung — oder falls es die Zeit nicht erlaube — nach Rücksprache mit den britischen Verbindungs-offizieren in Korea Luftangriffe gegen generische Flugplätze zu gestatten.

Attlee ging jedoch nicht auf die Äußerung Churchills über die anglo-amerikanischen Abmachungen vom vergangenen September ein,

wonach eine „begrenzte Operation über den koreanischen Raum hinaus“ befohlen werden soll, falls die Waffenstillstandsbesprechungen zusammenbrechen oder neue schwere Kämpfe auf der Erde aufflammten.

Nach Ansicht politischer Beobachter dürfte der wuchtige Schlag Churchills gegen die Opposition die Karriere Morrisons als außenpolitischer Sprecher und möglicher Erbe Attlees für den Posten des Parteivorstandes zu nichte gemacht haben. Auf dem linken Flügel hatte vor allem die Tatsache Entrüstung hervorgerufen, daß Attlee und Morrison ihre Abmachungen mit Washington geheim hielten und es trotzdem wagten, in derselben Frage einen Tadelantrag gegen den Premier einzubringen.

Nach Aussagen maßgebender US-Regierungsbeamter haben sich sämtliche 16 Mitgliedstaaten der UN, die auf Ersuchen des Welticherheitsrates Truppen oder andere Kampfseinheiten nach Korea abgestellt haben, bereits im Mai vergangenen Jahres darüber geeinigt, im Falle größerer rotchinesischer Angriffe auf die Bodentruppen der UN-Streitkräfte zu einem schnellen Gegenschlag gegen die kommunistischen Flugstützpunkte in der Mandschurei auszuheilen. Dieses Abkommen, wurde betont, sei ohne Abänderung noch immer in Kraft. Das Abkommen sieht folgende Aktionsmöglichkeiten vor:

1. Im Falle eines größeren rotchinesischen Luftangriffes werden die USA — falls genügend Zeit vorhanden ist — die anderen Signatarstaaten dieses Abkommens über Gegenmaßnahmen konsultieren.

2. Falls der Angriff sofortiges Handeln verlangt, können alliierte Militärflugzeuge nach dem Ermessen General Ridgways ohne vorherige Konsultation Befehl erhalten, zu Angriffen gegen die Mandschurei und die unmittelbare Front zu starten.



Hubschrauber aus deutscher Fabrikation
Tausende von Hubschraubern verlassen wöchentlich Deutschlands „größtes Flugzeugwerk“ die Spielwarenfabrik Jakob Berg in Mainz-Guggenheim, um als begehrt Exportartikel den Weg nach Übersee zu nehmen

begründete Vereinbarkeiten auf Antrag des Schuldners im Wege richterlicher Vertragsaufhebung gestundet oder herabgesetzt werden, wenn und soweit die Fristgemilte oder die volle Leistung dem Schuldner bei gerechter Abwägung der Interessen und der Lage beider Teile nicht zugemutet werden kann.

Ein erneuter Vorschlag des Vermittlungsausschusses zum Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde vom Bundestag gebilligt. Die Zustimmung des Bundesrates steht noch aus. Ein Gesetz über die Sorge für Kriegsgräber wurde vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Ein Sprecher wies darauf hin, daß von den 3 bis 3,5 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges bisher nur etwa 900 000 Gräber registriert werden konnten.

Faure hat wieder Chancen

Sozialisten unterstützen sein Kabinett
Paris (UP). Die Fraktion der Sozialistischen Partei Frankreichs wird Ministerpräsident Faure in den Abstimmungen über die im Zusammenhang mit der Regierungsvorlage zum Ausgleich des Budgets eingebrachten zwanzig Vertrauensfragen unterstützen. Der Beschluß der Sozialisten bedeutet, daß die 106 sozialistischen Abgeordneten die von der Regierung geforderten Steuererhöhungen und die durchgeführten Verwaltungsreformen gutheissen werden. Die Regierungskrise, die im Zusammenhang mit dem Finanzprogramm zum Ausgleich des Rekordbudgets für 1952 ausbrechen drohte, scheint mit diesem Beschluß der Sozialisten abgewendet zu sein.

Fragebogen immer noch beliebt

Bonn (UP). Fragebogen sind immer noch beliebt, auch auf allierter Seite, stellt man in Bonn fest. So ist das militärische Sicherheitsamt der Alliierten in Mainz dazu übergegangen, deutschen Regierungsaussenstellen umfangreiche Fragebogen zu übersenden, auf denen alle Einzelheiten über Aufbau, Entwicklung, Material- und Waffenverbrauch der Grenzschutzpolizei verzeichnet werden müssen. Nicht nur der jeweilige Munitionsbestand muß angegeben werden, sondern auch die Zahl der beim Einsatz verbrauchten Patronen, einschließlich der, die bei Übungsschießen zur Verwendung gelangen, und hier wieder gesondert etwaige Versager. Dabei ist der Nachweis einer vielleicht verlorengegangenen Patrone zum schwersten zu führen. Die Zeit eines Sachbearbeiters ist mit dem Ausfüllen dieser Fragebogen nahezu „ausgefüllt“.

Der Herzog von Windsor hat auf der „Queen Elizabeth“ die Rückreise von London nach den USA angetreten. Der Herzog will im Frühjahr erneut nach Großbritannien kommen.

Die Frage der deutschen Aufrüstung ist das Thema einer Konferenz zwischen britischen und französischen Sozialisten. An der Spitze der britischen Delegation steht der schärfste Gegner der deutschen Aufrüstung, Hugh Dalton.

Aus zweiter demokratischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen bewirbt sich Senator Richard Russell. Präsident Truman hat seinen Entschluß immer noch nicht bekanntgegeben.

Dr. Holzappel soll nach Informationen aus Bonn sein neues Amt als deutscher Gesandter in Bern am 1. April antreten. Gleichzeitig wird Dr. Holzappel sein Bundestagsmandat niederlegen.

Über die Vertriebsfrage fand in Bonn eine längere Aussprache zwischen Bundesfürchlingsminister Lukaschek und dem UN-Kommissar für Flüchtlinge, Dr. van Heuven-Goedhart, statt.

Der israelische Außenminister Mosche Scharrett reist nach London, wo er mit Eden über die Sicherheit des Nahen Ostens konferieren wird.

Wirtschaft in Kürze

Der vom Statistischen Bundesamt errechnete Durchschnittskurs von 462 an den westdeutschen Börsen notierten Aktien hat sich von 138,8 am 7. Februar auf 133,63 am 15. Februar ermäßigt.

Auf der 3. Deutschen Spielwarenfachmesse (2. bis 7. März 1952) in Nürnberg werden von dem rund 600 Ausstellern aus der Bundesrepublik und Westberlin über 60 000 Spielwarenmuster gezeigt werden.

Abzug von US-Truppen aus Deutschland?

Nur 25 kriegstarke NATO-Divisionen - Holland gegen Spanien und Jugoslawien

Washington (UP). Der amerikanische Verteidigungsminister Lovett gab bekannt, daß die USA vorläufig Streitkräfte in Deutschland belassen würden, jedoch sei es möglich, daß einige Truppen in Garnisonen außerhalb Deutschlands, vermutlich nach Frankreich, verlegt würden.

Lovett teilte weiter mit, daß in diesem Jahre keine kompletten US-Divisionen mehr nach Europa geschickt würden und daß die 50 Divisionen, die 1952 von den Atlantikpaktstaaten aufgestellt werden sollen, nur zur Hälfte aus kampfbereiten, voll ausgerüsteten und kriegstarken Divisionen bestehen würden. Die restlichen 25 Divisionen würden zwar volle Ausrüstung erhalten, jedoch zahlenmäßig unter Kampfstärke bleiben. Statt neuer Divisionen würden die USA aber in diesem Jahre bedeutend mehr Luftgeschwader nach Europa abstellen, sobald erst geeignete neue Flugplätze fertiggestellt seien.

Der holländische Verteidigungsminister Staf

teilte nach seiner Rückkehr aus Lissabon mit, die holländische Regierung befürworte nicht die Aufnahme Spaniens und Jugoslawiens in die NATO. Die Zulassung dieser beiden Staaten würde zu keiner „harmonischen Entwicklung“ der Nordatlantiktakt-Organisation führen. Dagegen befürwortete der Minister aus militärischen Gründen die Aufnahme Westdeutschlands in die europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Neue Österreich-Vorschläge
Die USA, Frankreich und Großbritannien prüfen gegenwärtig neue Vorschläge für einen Staatsvertrag mit Österreich, durch den das Land seine volle Freiheit und Unabhängigkeit wiedererlangen soll. In der gleichlautend von den drei Westmächten ausgehenden Erklärung wurden jedoch keine näheren Einzelheiten über die Art der neuen Vorschläge mitgeteilt, sondern lediglich betont, daß der Abschluß eines separaten Friedensvertrages zwischen den Westmächten und Österreich ohne sowjetische Beteiligung nicht erwogen werde.

Kemritz gehört vor ein deutsches Gericht

Mindestens 23 Opfer auf dem Gewissen - Befindet sich Kemritz in Heidelberg

Bonn (UP). Der Bundestag befaßte sich auf Antrag der SPD mit dem Fall des Berliner Rechtsanwaltes Hans Kemritz, der von den Amerikanern der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen worden ist. Die Sprecher der Fraktionen protestierten erneut gegen den Eingriff der amerikanischen Behörden, die sich damit „vor einem gewissen Halunken stellen“, wie der Berliner CDU-Abgeordnete Dr. Friedensburg erklärte.

Kemritz hat nach Angaben des Bundesjustizministers Dr. Dehler mindestens 23 Opfer auf dem Gewissen, die nach ihrer Auslieferung an die russischen Behörden durch Kemritz entweder umgekommen oder schwer geschädigt worden sind. Als die SPD wissen wollte, was die Bundesregierung bei den vom Bundestag geforderten Verhandlungen mit der US-Hochkommission erreicht habe, erwiderte der Minister, daß ausgerechnet für Donnerstag nachmittags Besprechungen zwischen Vertretern der Bundesrepublik und des Büros des US-Hochkommissars — die ersten seit dem 5. September vorigen Jahres — anberaumt worden seien. Die Bundesregierung habe längst bei der Hochkommission Verwahrung gegen deren Eingreifen in die Verfahren gegen Kemritz eingelegt. Die schriftlich vorgebrachten deutschen Argumente waren seit sechs Monaten unbeantwortet geblieben. Alle Sprecher des Bundestages forderten daß gerade im Hinblick auf die Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts der Fall Kemritz geklärt werden müsse, um die Sicherheit zu haben, daß sich derartige Fälle des einseitigen und nach deutscher Auffassung rechtswidrigen Eingreifens alliierter Behörden in deutsche Gerichtsverfahren nicht wiederholen. Dr. Friedensburg spielte auf die Warnung vor nationalistischen Tendenzen im letzten Vierteljahresbericht des US-Hochkommissars an, wobei er den Amerikanern vorwarf, durch ein Vorgehen wie im Fall Kemritz solche Tendenzen zu provozieren.

Dr. Friedensburg berichtete ausführlich über die Taten von Kemritz, der sich nach seinen Informationen frei in Heidelberg aufhält. Alle seine Opfer, die er als „Kriegsverbrecher“ angezeigt und den Russen ausgeliefert habe, seien mit ihm zusammen in deutschen Abwehrdienst gewesen. Keiner von ihnen sei Mitglied der NSDAP gewesen und Kemritz selbst. Die Sekretärin von Kemritz im Abwehrdienst habe auf seine Veranlassung vierzehnhalb Jahre in russischen Gefängnissen zugebracht. Sie sei im Abwehrdienst lediglich für den damaligen Major

Kemritz taug gewesen. Beste freemasche wäre Kemritz ohne Gründe den Russen ausgeliefert.

Die Sprecher im Bundestag forderten von der Bundesregierung, daß die Verhandlungen über Kemritz mit dem Ziel seiner Auslieferung an die deutschen Behörden beschleunigt würden.

Hochkommissar McCloy erklärte nach der Bundestagsdebatte, die Behauptung, die amerikanischen Behörden hätten eine Regelung im Falle Kemritz verhindert, seien falsch. „Wir bemühen uns eine Lösung dieses Falles, der eine tragische Erbschaft der Vergangenheit darstellt, zu finden“, behauptete McCloy.

Weitere Parlamentsbeschlüsse

Die sogenannte kleine Mietpreisreform der Bundesregierung war als nächster Punkt der Tagesordnung erneut Gegenstand einer heftigen Debatte im Bundestag. Der SPD-Abgeordnete Jacobi erklärte, durch die Aufhebung der Preisbindungen für Geschäftsräume sei „am zroessensraum zu oem wonnungsmarkt“ ausgebrochen. Berichte über ungerechtfertigte Mietpreiserhöhungen lägen aus allen Gebieten der Bundesrepublik vor. Bundesjustizminister Dehler erwiderte, die Verordnungen der Bundesregierung zur Aufhebung der Preisbindungen für Geschäftsräume beständen zu Recht. Dehler legte dem Bundestag jedoch einen Gesetzentwurf vor, nach dem Kündigungen von Mietverträgen für Geschäftsräume bei wirtschaftlicher Notlage des Mieters widerrufen werden können. Der Gesetzentwurf wurde an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Das Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten verabschiedete der Bundestag in zweiter und dritter Lesung. Es sieht eine Zusammenfassung des gegenwärtigen Bankensystems in drei Bezirke vor, in denen sich die Nachfolge-Institute der großen Filialbanken zu leistungsfähigen Bankinstituten zusammenschließen können. Das Parlament billigte ferner das sogenannte Zerlegungsgesetz, das die Einnahmen aus den Einkommen- und Körperschaftsteuern unter den Ländern nach dem Wohnsitz und Arbeitsplatz der Steuerpflichtigen gerecht verteilen soll.

Das Plenum genehmigte außerdem einen Gesetzentwurf über Ordnungswidrigkeiten und verlängerte die Ggltigkeit der Wirtschaftsbestimmungen um ein Jahr bis zum 31. März 1953. Auch das Vertragshilfengesetz wurde gebilligt. Danach können vor dem 21. Juni 1948

Aus der Stadt Etlingen

Der korrigierte Kalender

Kaum ein Jahrestag verursachte in den letzten 3000 Jahren so viel Kopfzerbrechen, wie der alle vier Jahre wiederkehrende Schalttag, der 29. Februar. Leider tut uns das Kalenderjahr nicht den Gefallen, in eine glatte Anzahl von Tagen aufzugehen. Das Kalenderjahr wird gleichgestellt mit dem mittleren tropischen Sonnenjahr von 365 Tagen, 5 Stunden, 48 Minuten und 45,97 Sekunden. Das ist wirklich eine etwas komische Sache, und somit sind wir gezwungen, wenn wir nicht eines schönen Jahres bei normaler Tagerechnung für ein Kalenderjahr den Sommer an Weihnachten feiern wollen, „Korrekturen“ in der Zahl der Kalendertage durchzuführen.

Schon die alten Ägypter und Babylonier haben im 14. Jahrhundert v. Chr. durch Beobachtungen des hellkischen Frühlingssterns Sirius errechnet, daß das Sonnenjahr annähernd 365 1/4 Tage beträgt. Sie schon begannen den Kalender von Zeit zu Zeit zu korrigieren. Von jener Zeit an gab es bei den Mathematikern und Astronomen Kopfzerbrechen, wie man am günstigsten den Kalender allgemeingültig gestalten könnte. Die Griechen Solon, Kleostratos und Meton, die Römer Numa und Julius Cäsar (Julianischer Kalender) haben versucht, eine allgemeingültige, einfache Form zu finden. Endgültig hat Papst Gregor XIII. den Gregorianischen Kalender durch eine Kommission der berühmtesten Mathematiker — darunter auch einen Deutschen — ausarbeiten lassen, der heute noch seine Gültigkeit hat. Aber auch dieser Kalender kann ohne periodisch durchzuführende Korrekturen nicht auskommen.

Wieder erleben wir heute einen Schalttag, d. h. das Jahr 1952 bekommt einen weiteren Tag „geschenkt“. Denken wir heute aber gleichzeitig daran, wie viele Menschen in den letzten 3000 Jahren sich Kopfzerbrechen gemacht haben, um endlich eine Form für die Jahresberechnung zu finden, wie wir sie heute erleben, wir könnten sonst wieder in die Lage versetzt werden wie im Jahr 1582, als man zur Korrektur der Kalendertage zehn Tage unter den Tisch fallen lassen mußte, so daß auf den 4. Oktober gleich der 15. Oktober folgte. Für die heutige Zeit eine unmögliche Sache!

Helgolandfeier im Rundfunk

Der Süddeutsche Rundfunk sendet am Samstag, 1. März, von 12.15 bis 12.25 Uhr, eine Originalreportage von der offiziellen Freigabe der Insel Helgoland. Die Reportage enthält einen Situationsbericht von der Insel, einen Ausschnitt aus der Rede des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Lübke, sowie ein Interview mit Baufachleuten, die mit 120 Arbeitern unverzüglich mit dem Neuaufbau der Insel beginnen.

Hauptgewinn der Süddeutschen

Am 17. Ziehungstag der 5. Klasse der 10. Süddeutschen Klassenlotterie wurde der lang erwartete Hauptgewinn von 300.000 DM auf die Nummer 45 738 gezogen. Das Los wird in acht Teilscheinen gespielt. Ferner wurden folgende größere Gewinne gezogen: 25.000 DM auf die Nummer 210 627 und 10.000 DM auf die Nummer 39 949.

Abfuhrgräben freimachen!

Durch die Schneeschmelze und die zu erwartenden Frühjahrregen ist in allen Abfuhrgräben mit größeren Wassermengen zu rechnen. Deshalb ist es notwendig, diese Gräben jetzt von allen Ansammlungen und Fremdkörpern zu reinigen. Nur durch rechtzeitiges Freimachen können Schäden an Wiesen, Grundstücken und Gebäuden vermieden werden.

Hecken nicht abbrennen

Für die jetzt wiederkehrenden Singvögel, die zugleich fleißige Schädlingvertilger sind, bilden die Hecken und Büsche die geeigneten Nist- und Brutplätze. Es ist deshalb durch die Naturschutzgesetzgebung ausdrücklich verboten, Hecken abzubrennen oder auf andere Weise zu entfernen. Durch Zerstörung von Hecken würde mehr Schaden angerichtet, denn die Vögel sind unsere besten Helfer gegen die Pflanzschädlinge. Laßt deshalb unsere Singvögel genügend Lebensraum!

Bürger, schont die Weiden- u. Haselkätzchen!

Schneidet sie nicht ab und schmückt damit nicht eure Wohnungen. Weiden- und Haselkätzchen sind im zeitigen Frühjahr die erste Nahrung der Bienen in der freien Natur. Wenn die Bienen bei ihren Flügen in den ersten Vorfrühlingstagen keine Nahrung finden, gehen sie ein. Zuckerlösung wird von den Bienen als Nahrung im späten Winter abgelehnt. Ohne Bienen keine oder eine zu geringe Bestäubung der Obstbäume und daher wenig Obst und keinen Honig. Helft die Bienenvölker erhalten, belehrt auch eure Kinder, daß sie sich an den ersten Vorboten des kommenden Frühlings in der freien Natur erfreuen, daß sie Hasel- und Weidenkätzchen schonen und nicht abschneiden oder abreißen.

Wintersportsonderzug nach Oberbühlertal

Am kommenden Sonntag, 2. März, verkehrt der „Fidele Sonntagsbummler“ letztmals als Wintersportsonderzug nach Oberbühlertal und Ottenhöfen. Abfahrt in Karlsruhe Hbf. 6.32 Uhr, Rückkunft nach Karlsruhe Hbf. 19.59 Uhr. Noch ist auf den Höhen ausreichend Schnee vorhanden. Die fortschreitende Erwärmung und der hieraus sich ergebende starke Schneeschwund läßt aber kaum noch die Wiederholung der Wintersportfahrten nach Oberbühlertal/Ottenhöfen an den nachfolgenden Sonntagen erhoffen.

Es ist beabsichtigt, an den späteren Sonntagen, an denen noch Wintersportmöglichkeit

Ernstes Anliegen für Baden

ED Karlsruhe muß ehemaligen Bezirk wieder erhalten

Eingabe an Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer — Der Konkurrenz der links-rheinischen Strecken muß begegnet werden!

In einer an den Bundesminister für Verkehr, Dr. Seehofer, gerichteten Eingabe vom 21. 2. 52 weist Beigeordneter Dr. Ball (Karlsruhe) auf die zwingenden Gründe hin, die für eine Wiederherstellung des alten Verwaltungsbezirks der Eisenbahndirektion Karlsruhe sprächen. Dr. Ball erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß der Präsident des Landesbezirks, der Würt.-Badische Landtag, vor allem die Öffentlichkeit (über die Presse), die Industrie- und Handelskammer, die Ortsverwaltung Karlsruhe der Eisenbahnergewerkschaft und auch die Stadtverwaltung Karlsruhe sich wiederholt in diesem Sinne öffentlich aussprachen bzw. in Eingaben diese ihre Einstellung bekannten. Weiter bittet Dr. Ball den Bundesverkehrsminister, daß dieser sich bei dem noch zu bildenden Verwaltungsrat im Sinne der Eingabe einsetzen möge.

Die Stadt, so beginnt das (nahezu sieben Schreibmaschinenseiten umfassende) Schriftstück, sehe sich zu diesen Vorstellungen berechtigt, weil sie durch die wirtschaftlichen Veränderungen der Kriegs- und Nachkriegszeit besonders einschneidend betroffen worden sei. Denn die Zerschneidung des ehemaligen Landes Baden durch die willkürliche Festlegung der amerikanisch-französischen Zone wirke sich für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung dieses Raumes geradezu schädlich aus. Die verkehrsmäßigen Schwerpunkte innerhalb des Gebietes seien vollkommene einseitig verteilt: So habe die ED Stuttgart zu ihrem industriell ohnehin schwer entwickelten Nordwürttemberg noch das industriereiche Gebiet um Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Bruchsal erhalten. Die ED Karlsruhe aber sei von den Häfen der nordbadischen Städte abgeschnitten und bediene nunmehr ein dünnbesiedeltes, industriell wenig bedeutendes Schwarzwaldgebiet, Südwürttemberg und das

eng begrenzte Lindau. Als Folgen der Verlagerung des früheren Zuständigkeitsbereiches der ED Karlsruhe werden genannt: Die Zerschlagung des wichtigsten Nord-Süd-Verkehrs der Rheintallinie; die Zwangslage der ED Karlsruhe, die entgegen den Verkehrsbelangen von Nordbaden nur die Verkehrsinteressen der französischen Zone wahren muß; Karlsruhe ist von seinen südlichen Verkehrsströmen abgeschnitten und Stuttgart hat es verstanden, in der Zwischenzeit die Verkehrsströme über die schwäbische Hauptstadt zu ziehen; früher habe hier ein Einzugspen genügt, heute seien es neun, nach Südbaden über Karlsruhe aber finde man nur noch zwei; das gleiche ließe sich für den Güterverkehr sagen; die Eisenbahnanlagen im Karlsruher Rheinhafen unterständen und dies sei geradezu widersinnig — der ED Stuttgart. Im neugebildeten Südweststaat dürfte gegen eine vernünftige Lösung kein hinderndes Moment mehr vorliegen. Der Anspruch der ED Karlsruhe sei schon entwicklungsmäßig begründet und die überragende Bedeutung der Rheintallinie fordere einen baldigen Entscheid, nicht zuletzt im Hinblick auf die wachsende Konkurrenz der westfranzösischen Eisenbahnlizien, die bald elektrifiziert seien und den Verkehr von England über Holland nach der Schweiz und Italien aufnehmen könnten. Die Rheintallinie sei nun einmal eine Einheit und die Odewaldstrecke gehöre unlösbar dazu. Verwaltungsmäßige Gesichtspunkte (Notwendigkeit einer einheitlichen Tarifpolitik) und personelle Gründe sprächen weiter für die Forderung der Stadt Karlsruhe. Im übrigen sei es eine wirtschaftliche Unzulänglichkeit, eine ED im Bereiche ihres Sitzes auszuscheiden. Die Eingabe schließt mit der Bitte an den Minister, sich bei dem schaffenden Verwaltungsrat der Bundesbahn ebenfalls im Sinne des vorgetragenen Vorschlags zu verwenden.

Junger Autor in der „Insel“

Uraufführung der „Deutschen Passion“

von Kurt Becsi

Vor wenigen Wochen hat die „Insel“ die „Nackten Menschen“ von Rudolf Oswald Diehl — ein Stück aus einem Kriegsgefangenenlager — zu einem beachtlichen künstlerischen Erfolg geführt. Nun stellt sie am 1. März wieder das Werk eines jungen Autors (Becsi ist 1921 geboren) zur Diskussion. Theaterfachleute versprechen sich sehr viel von dem jungen Autor; so gibt ihm — um nur ein Beispiel zu nennen — der Bühnenverleger Felix Bloch Erben, der die „Deutsche Passion“ und „Das spanische Dreieck“ verlegt hat, unter den jungen deutschen Dichtern die größten Chancen. Von den zahlreichen Werken (Novellen, Romane, Komödien und Dramen), die Becsi während seines Universitätsstudiums (er promovierte zum Doktor der Philosophie) verfaßt hat, seien einige genannt: die Romane „Christine von Schweden“ und „Die Sonne geht im Osten unter“; die Komödie „Maskierte Herzen“ und die Dramen „Der Gott im Sumpf“, „Das Konsistorium“, „Das spanische Dreieck“ und die „Deutsche Passion“, die die „Insel“ nun als erste Bühne herausbringt. Unmittelbar nach der Kölner Uraufführung will die „Insel“ auch „Das spanische Dreieck“ (eine Neufassung des Don-Carlos-Stoffes; in dem Stück treten nur fünf Personen auf) aufführen. Becsi fordert in seinen Werken eine Be-sinnung auf die ewigen Maßstäbe, wie sie im göttlichen Gesetz zu finden sind. Die Abwen-

dung von diesen ewigen Gesetzen ist nach seiner Meinung schuld an der Situation unserer Zeit. Diese Umkehr muß durch den Glauben geschehen.

Über den Inhalt der „Deutschen Passion“ sei noch nicht viel verraten; es soll nur gesagt sein, daß in dem Werk — es spielt gegen Ende des letzten Krieges — eine Passion in doppeltem Sinne dargestellt wird: die deutsche Passion (das Elend der von Haus und Hof Vertriebenen und die Not der zurückgewichenen deutschen Truppen) und die größte Passion der Weltgeschichte: die Kreuzigung Christi. Auf seltsame Weise wird zwischen diesen beiden Passionen eine Verbindung geschaffen.

Vor der Uraufführung, die in Anwesenheit des Autors stattfindet, wird eine Pressekonferenz mit Becsi durchgeführt. Zu der Aufführung selbst haben zahlreiche deutsche Pressevertreter ihr Erscheinen zugesagt.

Die Inszenierung besorgt Werner Wedekind, der zusammen mit Erich Schudde die „Insel“ leitet. In den Hauptrollen: Ruth Fischer, Rosemarie Reymann, Ludwig Bachang, Fritz Knippenberg, Winfried Müller, Richard Nagy, Wolfgang Reinsch und Erich Schudde.

Beginn: Samstag, 1. März, 20 Uhr im Saal des Kunstvereins, Karlsruhe, Waldstraße 3 (Telefon 36). J.W.

besteht, die verbilligten Sonderzugfahrkarten zur Benutzung geeigneter Planzüge auszugeben.

Am Sonntag verkehren die Sonderzüge

Die Wintersportmöglichkeiten auf dem Obel und im Galstal versprechen über das Wochenende gut zu bleiben. Die Abtaltbahn fährt deshalb am nächsten Sonntag wieder die Wintersport-Sonderzüge.

Neuaufnahmen in die Lehrerbildungsanstalten

Am 12. Mai 1952 beginnen an den Lehrerbildungsanstalten Heidelberg und Karlsruhe neue 2-jährige Ausbildungslehrgänge für Volksschullehrer(innen). Das Nähere wird im nächsten Amtsblatt des Landesbezirks Baden bekanntgegeben.

Bewerbungen sind an die Direktion der Lehrerbildungsanstalten Karlsruhe und Heidelberg zu richten. Gesuche und Vorschläge bei der Unterrichtsverwaltung wollen unterlassen werden.

Der Radfahrweg

südlich von Busenbach ins obere Albtal wird jetzt beim Beginn der wärmeren Jahreszeit ein dringendes Erfordernis. Sowohl die vielen Berufstätigen wie die Ausflügler wären dem Straßenbauamt dankbar, wenn die Anlage möglichst umgehend erfolgt, da bei dem zunehmenden Kraftverkehr auf der Fahrbahn keine ausreichende Sicherheit für Radfahrer gegeben ist.

Die €3 gratuliert

Sein 78. Lebensjahr vollendet am 1. März der Rentner Albin Diebold. Am 2. März Otto Endisch, Schreiner.
Frau Sofie Lackenmeier begeht am 1. März ihren 75. Geburtstag. Die Jubilarin lebt seit 1917 in Etlingen. Herzlichen Glückwunsch.



Heute abend um 20 Uhr hält im Rathausaal Professor Victor Heli Directeur du Centre d'Etudes françaises den Lichtbilder-Vortrag

Paris
Sein geistiges und künstlerisches Gesicht Die heutigen Zentren: Cité — Montmarte — St. Germain — des Grès

Bereins-Nachrichten

Bund versorgungsberechtigter Wehrmachtangehöriger

Am Samstag, 1. März, um 20 Uhr Monatsversammlung im Rebstock.

Luftsportverein Albgau

Der Etlinger Bevölkerung geben wir hiermit zur Kenntnis, daß sich ab sofort neben dem Eingang zur Aula in der Pforzheimer Straße unser neuer Schaukasten befindet. Wir werden uns bemühen, den Aushang immer abwechslungsreich zu gestalten, damit auch Sie einen fortwährenden Überblick über die Arbeit und den Aufbau unseres Vereins haben. Bitte beachten Sie daher öfters unseren Aushang.

Die Mitglieder werden gebeten, am Samstag, 1. März, mittags 2 Uhr zum Umziehen in die neue Werkstatt zu erscheinen.

Tierschutzverein Etlingen

Die Generalversammlung ist am Donnerstag, 6. März 1952 im Gasthaus zum „Nagel“ (Elsässer). Die Mitglieder sowie alle Tierfreunde werden gebeten, sich diesen Tag vorzumerken.



Ortsgruppe Etlingen

Morgen Samstag, 1. März, von 14 bis 17 Uhr Sprechstunde im Schloß (Hilfsschule).

DAG — Wohnbezirk Albtal

Sonntag, 2. März, vormittags 9.30 Uhr im Gasthaus „Neurod“ Wohnbezirksversammlung. Es spricht Dr. Maul (Industrie-Werke Karlsruhe) über das Thema „Der Mensch im REFA-System“ sowie Landesberufungsgruppen-sekretär Kollege Gall (Stuttgart) über „Eingruppierungsfragen der technischen Angestellten und Werkmeister“. Gäste willkommen!

Mandolinenabteilung der Kolpingsfamilie
Heute Freitag, 19.30 Uhr, Unterrichtsstunde des ersten und des zweiten Kurses. In Anbetracht der Wichtigkeit bittet die Mandolinen-abteilung um vollständiges und pünktliches Erscheinen. Sämtliche vereinseigenen Noten sind mitzubringen.

Der Lieferwagen stieß bei dieser führerlosen Fahrt zunächst auf der linken Straßenseite an eine Mauer, sodann weiter unten auf der rechten Seite nochmals an ein unnachgiebiges Gemäuer, so daß dort die Irrfahrt ein Ende fand. Bei dem mehrmaligen Überqueren der Straße wurde ein Handwagen und das Mauerwerk beschädigt, während Personen glücklicherweise nicht verletzt wurden. Das Verhalten des Fahrers ist eine Übertretung der Straßenverkehrsordnung. Beim Anschließen eines Kraftfahrzeugs muß selbstverständlich stets jemand am Steuer sitzen, damit der Motor sich nicht wie in diesem noch glimpflich abgelaufenen Fall selbständig machen kann. Im Zeitalter der Motorisierung werden die Straßenpassanten sich gewiß nicht weigern, einem Kraftfahrer beim Wiedereingangsbringen des Wagens behilflich zu sein.

Im Badischen Kunstverein Karlsruhe

wird am Samstag, 1. März, nachm. 15.30 Uhr folgende Ausstellung eröffnet: „Vier ober-rheinische Maler“ (Gemälde, Aquarelle, Grafik), „Albert Bohn — Saarbrücken“ (Aquarelle, Zeichnungen). Die Ausstellung dauert vom 2. bis 23. März und ist geöffnet täglich 10—17 Uhr, sonntags 11—13 Uhr, montags geschlossen.

Neu-Eingänge:
Damen-
Frühjahrs-Mäntel
Popeline-Mäntel
Kostüme
Kleider - Kostüme und Seidenstoffe
DAS ALTSOLIDE
Kauf für Bekleidung
A. STREIT
Etlingen

SOBEL EHRFELD
Rondellplatz
KARLSRUHE
Karl Ehrfeld's große Zimmerzahl
begünstigt Ihre Möbelwahl!
ZU VERMIETEN
Laden oder Büroräume, evtl. als Auslieferungslager, ca. 60 qm, in Etlingen zu verm. Angeb. unter 696 an die EZ.
STELLENANGEBOTE
Zuverl. Wachmann
mit einwandfr. Leumund, nicht unter 40 Jahren, in Dauerstellung sof. gesucht. Schriftl. Bewerbung mit kurzem Lebenslauf unter 702 an die EZ.

Trink Bremer JACOBS KAFFEE wunderbar

Aus den Albau-Gemeinden
Bruchhausen berichtet

Bruchhausen, Am Samstag, 1. März, abends 19.30 Uhr, findet im Saal zum Grünen Baum eine öffentliche Bürgerversammlung statt.

Oberweiler berichtet
Oberweiler, Am 29. Febr. feiert Johannes Weber I seinen 77. Geburtstag.

Bericht aus Spejffart
Spejffart, Geburtstag. Der Heimatvertriebene Friedrich Schnölzer vollendete am Dienstag, 26. Februar, sein 70. Lebensjahr.

Im den Jahren vor dem Krieg unternahm der hiesige Sportverein zum erstmaligen Versuch, seine Fastnachtveranstaltung auf den Fastnachtstagen zu verlegen.

eine köstliche Stimmung und nur wider Willen mußte man sich dem angebrochenen Aschermittwoch beugen und nach Hause gehen.

Sport-Nachrichten der EZ

TuS Ettlingen — Handball

Nach längerer Pause greifen die Handballer am Sonntag wieder in die Verbandsspiele ein. Kein geringerer als die Tschft. Durlach ist der Gegner.

Heute Freitag 20 Uhr Spielerversammlung. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Spinnerei

Nach vierwöchiger Pause greift der Turn- u. Sportverein Spinnerei in die Verbandsrückrunde wieder ein. Die Schwarz-Roten müssen am kommenden Sonntag zum Tabellenführer, der Amateurreif vom VfB. Mühlburg.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 26. 2.
Auftrieb: Rinder 327, Kälber 263, Hammel und Schafe 32, Schweine 327.

Höchstpreise für Düngekalk
Auf Grund einer Verordnung setzte das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden die nachstehenden Höchstpreise für Düngekalk fest:

Table with 2 columns: Location/Item and Price. Includes Zürich, New-York, London, Paris, Brüssel, Mailand, Deutschland, Wien, Stockholm, Amsterdam, Dänemark, Norwegen, Sperrmark, Sperrmark New York.

Berlin, den 28. 2. 52: Wechselstuben Umrechnungskurs 1 DM (West) = 4.70 DM (Ost)

Obstgroßmarkt Oberkirsch
Preise am 28.2.: Äpfel 10-35.

Eine westdeutsche Handelsdelegation wird am Mittwoch in Rom eintreffen, um in Verhandlungen mit Vertretern der italienischen Regierung ein neues Handelsabkommen zwischen beiden Staaten für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember dieses Jahres zu vereinbaren.

Dienstbereitschaft der Ettlinger Apotheken
Nachtdienst vom 1.-8. 3. Schloß-Apotheke
Sonntagsdienst am 2. 3. Schloß-Apotheke

Ärztlicher Sonntagsdienst
Sonntag, 2. 3. 1952 Dr. Fabke, E'ttingen
Bismarkstraße 13, Tel. 37 190,

Krankwagen vom 1.-8. 3. Tel. 37 576
Tierärztlicher Sonntagsdienst
am 2. 3. Dr. Schindler, Kasistr. 4, Tel. 37 225

Rheinwasserstand am 28. 2.: Konstanz 264 (+0)
Rheinfelden — (—) Breisach 150 (+4)
Straßburg 223 (—13) Maxau 309 (+0)
Mannheim 208 (+5) Caub 253 (+5)

Wettervorhersage
Freitag und Samstag teils wolkg. teils heiter, trocken. Tagestemperaturen auf sechs bis neun Grad ansteigend.

Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +3°
Barometerstand: Veränderlich

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Albau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, E'ttingen, Schöllbronnener Straße 5, Tel. 37 487

Willy Stieler advertisement. Nach langem, schwerem Leiden ist am Mittwoch mein guter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel WILLY STIELER Werkmeister i. R. im Alter von 70 Jahren für immer von uns gegangen.

Willy Stieler advertisement. NACHRUUF
Nach schwerer Krankheit verschied unser Betriebsmitglied und langjähriger Meister, Herr WILLY STIELER Fünfundzwanzig Jahre hat er seine Erfahrungen und Fähigkeiten in den Dienst der Firma gestellt und viel zu ihrem Aufstieg beigetragen.

Paul Böddinghaus advertisement. Allen, die meiner lieben Frau, unserer guten Mutter bei ihrem Heimgang in so ehrender Weise gedacht haben, danken wir hiermit aufs herzlichste.

ZU VERKAUFEN
Zwei Eichenbetten, wenig gebraucht, mit Patentrost, Matratzen u. Matratzenschoner, Preis je 125.— DM zu verk.

Kleiner Herd
billig zu verk. Rheinstr. 20

Rebberg, Nähe des Wasserwerks, günst. Lage, zu verk. Zu erfr. unter 683 in der EZ

Rebstück im Oberberg, 25 Ar, mit tragbaren Obstbäumen, verschließbarer Gartenhütte, Rebspritze u. großer Leiter zu verkaufen.

Kopfschuppen, Kopfschuppen, Haarausfall
beseitigt überraschend die Otte-Methode. Nur erhältlich Friseurgeschäft Georg Jäger, E'ttingen, Rheinstraße 26

Kleinanzeigen
können Sie telefonisch aufgeben Ruf 37 487

Stenotypistinnen
Interessentinnen wollen ihre Bewerbungen im Rathaus Zimmer 11 umgehend abgeben, woselbst nähere Auskunft erteilt wird.

Gashaus Rebslock
Meine Gaststätte bleibt während der Renovierung geöffnet (Nebenzimmer Jägerstübli i. Stock) Eing. hintere Türe, Martinsgasse

Vegetabilisches Augenwasser
von Holapoth, Schaefer bei Ermattung, Überanstrengung, verschwommen Sehbild, Drücken, Zwinkern u. Tränen der Augen, das pflanzliche, langjährig bewährte Stärkungsmittel.

Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz, E'ttingen

BEI ANZEIGEN
mit dem Zusatz: »Zu erfragen unter Nr.« können Sie Name und Anschrift der Inserenten bei uns erfragen.

BEI ANZEIGEN
mit dem Zusatz: »Angebote unter Nr.« stehen Name und Anschrift der Inserenten unter Chiffregeheimnis. Daher sind die Angebote mit der Nummer versehen beim Verlag abzugeben.

Läftige Haare
befeuchtet garantiert schmerzlos und zuverlässig »ARTISIN« Enthaarungscreme Tube zu 1.50 u. 2.50

Stragula
ist der Bodenbelag, der Ihnen gefällt, der viel aus sich macht und wenig kostet.

CAPITOL
Freitag 20 Uhr »Der Verrat des Surat Khan« mit Errol Flynn
Samstag bis Dienstag »Wiener Walzer« Der neueste Musikfilm um Johann Strauß Vater und Sohn mit Adolf Wohlbrück, Marte Harell, Fr. Imhoff, Lotte Lang.

ULI
Samstag, Sonntag, Montag »Der Verrat des Surat Khan« Errol Flynn, Olivia de Havilland

Dr. Schönherr, FRAUENARZT
vom 3. März bis 15. März 1952
KEINE SPRECHSTUNDE

Kirchen-Anzeigen
Herz-Jesu-Kirche
1. Fastensonntag (2. März)
Samstag nachmittag Osterbeicht für die Frauen und Mütter von 4 Uhr an und abends 8 Uhr.

Gottesdienstordnung vom 3. — 5. März 1952
Montag, 3., 7 Uhr hl. Messe Moritz Frank, Eltern und Schwiegereltern und Franz Maisch und Angehörige.

Gottesdienstordnung vom 3. — 5. März 1952
Dienstag, 4., 7 Uhr 2 Leichenopfer für Anna Kern. 8 Uhr hl. Messe Georg Hiller und Ehefrau Olga und Alois und Amalie Klaschka und Kinder und Waiurga.

